

8. IV. 1916

Zigarettenindustrie und Tabaksteuer.

— Dresden, 5. April. Zur Tabaksteuervorlage nahm der Verband der Deutschen Zigarettenindustrie in einer außerordentlichen Hauptversammlung am 30. März in Berlin Stellung und stellte sich einmütig auf den Boden der Eingabe vom 10. März, in der der Reichstag ersucht wird, eine höhere Belastung der Zigaretten bis nach dem Krieg zu vertagen. Da ungefähr 25 Prozent der Produktion in Form von Heereslieferungen und ungefähr 30 Prozent der Produktion in Form von Liebesgaben an die Truppen verschickt werden, würde die Hälfte der geplanten neuen Belastung den Militärkassens, unsere Feldgrauen und ihre Angehörigen treffen. — Als besonders ungerecht wurde von der Versammlung bezeichnet, daß der Zigarettenindustrie eine höhere Belastung während des Krieges und eine weitere nach dem Kriege zugemutet werden solle. Gegenüber dem Antrag eines Mitgliedes, daß der Verband angesichts der geplanten höheren Belastung ein Zigarettenmonopol fordern solle, führte der Syndikus des Verbandes unter Zustimmung der Versammlung aus, daß angestrebt werden müsse, die Industrie solange wie möglich als freie Industrie zu erhalten, und daß für den Fall einer höheren Belastung eine Form gesucht werden müsse, die auch der Mittel- und Kleinindustrie den Weiterbestand ermögliche. Der vom Verband eingesetzte Steuerausschuß wurde ermächtigt, im Sinne der Verhandlungen zu den Einzelheiten der Steuervorlage Stellung zu nehmen.